

# Brüssel

Auszug aus der DAAD-Publikation  
„Berichte der Außenstellen 2016“

Mai 2017

**DAAD**

Deutscher Akademischer Austauschdienst  
German Academic Exchange Service

# Ein Schock für Europa



**Nina Salden leitet die Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat derzeit drei Mitarbeiterinnen.**

**Donald Tusk (links), Präsident des Europäischen Rates, mahnt zur Geschlossenheit der EU angesichts des britischen Brexit-Votums.**

**Die britische Premierministerin Theresa May spricht mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker (rechts).**

Das britische Volk entscheidet sich für den Austritt aus der Europäischen Union (EU); Donald Trump wird zum amerikanischen Präsidenten gewählt und schürt so die Angst vor Populismus auch in Europa; die Türkei entfernt sich immer weiter von den europäischen Grundwerten und der Terror erreicht die europäische Hauptstadt. 2016 war ein aufwühlendes Jahr, das man nicht wieder erleben möchte.

## Brexit – EU zeigt Willen zur Geschlossenheit

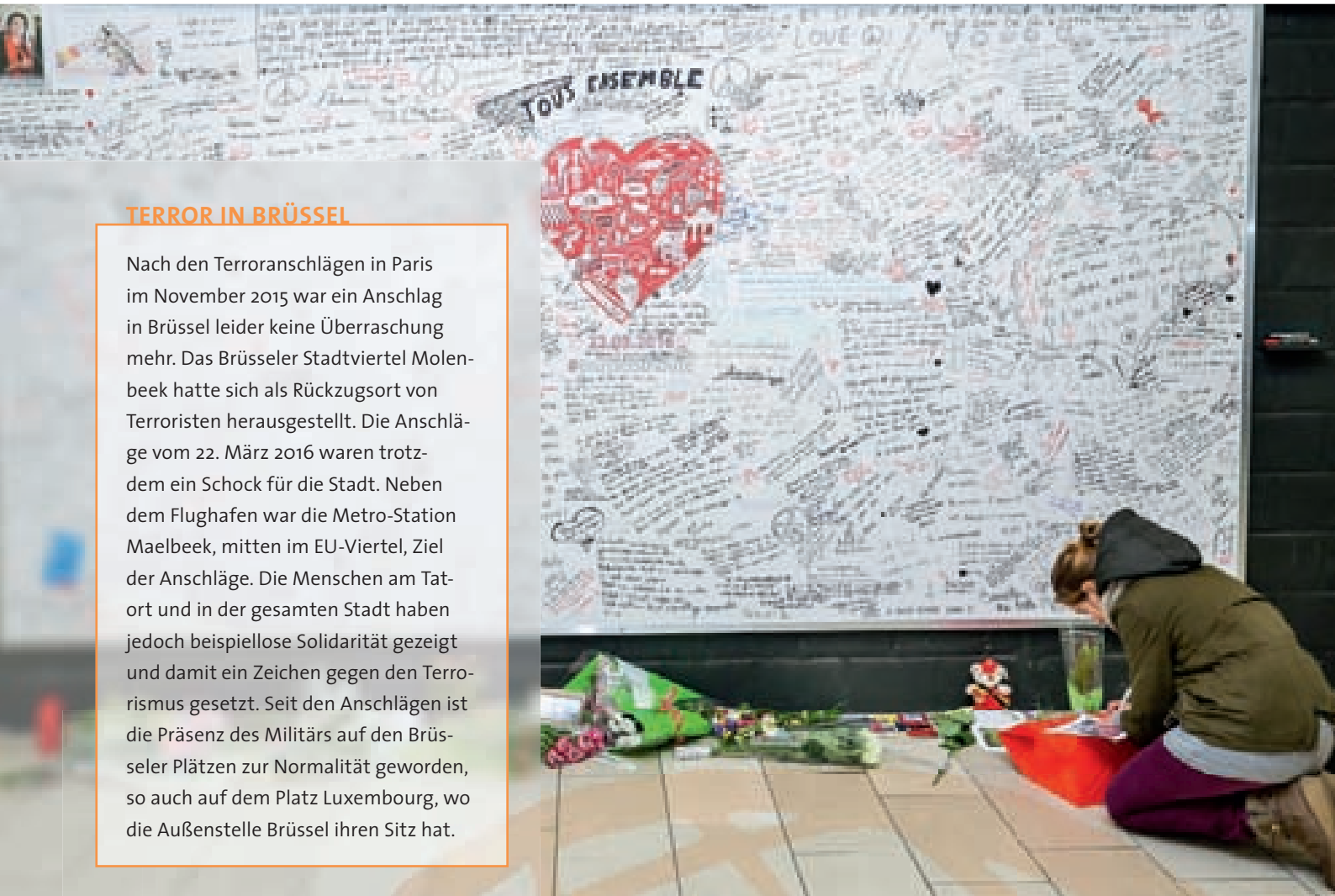
„The B-word“ sagen die Briten in Brüssel. Ganz so, als ob man damit, dass man das Wort nicht ausspricht, die Entscheidung ungeschehen machen könne. Doch vergeblich: In etwas mehr als zwei Jahren wird Großbritannien aller Voraussicht nach nicht mehr Mitglied der EU sein. Der Brexit ist ein Schock für die Europäische Union; die Trennung war weder gewollt noch erwartet. Erstmals wird ein Land aus dem Bündnis austreten. Der europäische Integrationsprozess wird sich damit rückwärts bewegen. In die Reaktion aus Brüssel mischte sich jedoch



auch schnell ein gewisser Trotz. „What doesn't kill you, makes you stronger“, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk in einer Pressekonferenz am Tag nach dem Votum. Die Staats- und Regierungschefs der verbleibenden EU-27 demonstrierten in ihrem ersten Statement nach dem Brexit Geschlossenheit und bemühten sich zu zeigen, dass mit einem Austritt Großbritanniens weder das Projekt Europa noch seine Integrität infrage gestellt werden kann. Die Briten waren schon immer ein schwieriges EU-Mitglied und bei vielen Gemeinschaftsprojekten Bremser der Integration.

In der Brexit-Kampagne hatte die britische Regierung jedoch für einen Verbleib in der EU geworben. Es waren die Bürger des Landes, die sich mehrheitlich für den Austritt entschieden haben. Hier muss sich die EU „an die eigene Nase fassen“. Die Entfremdung vieler Bürger von der EU, insbesondere in den ländlichen Regionen, in denen man sich von der Globalisierung abgehängt fühlt, ist ein ernsthaftes Problem – und das nicht nur in Großbritannien. Bereits seit 2014 haben die europakritischen





### TERROR IN BRÜSSEL

Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 war ein Anschlag in Brüssel leider keine Überraschung mehr. Das Brüsseler Stadtviertel Molenbeek hatte sich als Rückzugsort von Terroristen herausgestellt. Die Anschläge vom 22. März 2016 waren trotzdem ein Schock für die Stadt. Neben dem Flughafen war die Metro-Station Maelbeek, mitten im EU-Viertel, Ziel der Anschläge. Die Menschen am Tatort und in der gesamten Stadt haben jedoch beispiellose Solidarität gezeigt und damit ein Zeichen gegen den Terrorismus gesetzt. Seit den Anschlägen ist die Präsenz des Militärs auf den Brüsseler Plätzen zur Normalität geworden, so auch auf dem Platz Luxembourg, wo die Außenstelle Brüssel ihren Sitz hat.

Trauer um die Opfer: Eine Gedenktafel erinnert an den Terroranschlag in der Metrostation Maelbeek.

Parteien in Frankreich und den Niederlanden, aber auch in einigen osteuropäischen Ländern wie Tschechien und Polen, an Zulauf gewonnen. „Auf den Brexit folgt der Frexit“, frohlockte die französische rechtsnationale Parteichefin Marine Le Pen nach dem Votum der Briten. So weit ist es noch nicht! Doch der zweite Schock im Jahr 2016 – die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika – lässt einen Aufwind der Populisten auch in Europa fürchten und schürt die Nervosität vor den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich im Jahr 2017. EU-Parlamentspräsident Schulz sieht die Wahl Trumps als „Welle des Protestes gegen die etablierte Politik. Trump setzt auf einen Politikstil der Emotionen, nicht der Fakten“. Für Fakten steht jedoch die Wissenschaft. Dies macht es für die wissenschaftliche Gemeinschaft besonders schwer, mit den Ereignissen des Jahres 2016 umzugehen. >

*Brexit erfordert  
europäische Geschlossenheit*

*Europäische Kommission fordert  
hochwertige Bildung für alle*

*Das Europäische Parlament  
unterstützt Erasmus+*

*Integrationsplan für  
Europas Flüchtlinge*

*EU-Projekt HOPES  
bietet Bildung für syrische  
Flüchtlinge*

## Personenfreizügigkeit: Knackpunkt für britische Beteiligung an EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen

Die Frage, ob britische Einrichtungen auch nach dem Austritt ihres Landes an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen teilnehmen können, ist für die Hochschulen im Land von zentraler Bedeutung, denn Großbritannien ist ein aktives Mitglied sowohl bei Erasmus+ als auch bei Horizont 2020 und hat von beiden Programmen in der Vergangenheit in hohem Maße profitiert (siehe Highlight „Großbritannien“). Der Status eines assoziierten Landes, wie ihn zum Beispiel die Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) in den EU-Programmen innehaben, wäre eine Möglichkeit. Doch der Knackpunkt wird die Personenfreizügigkeit für EU-Bürger sein, die die britische Regierung nach dem Austritt aus der EU nicht mehr gewähren möchte und die so eng mit der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit verbunden ist. An der Schweiz hat die EU in den letzten Jahren ein Exempel

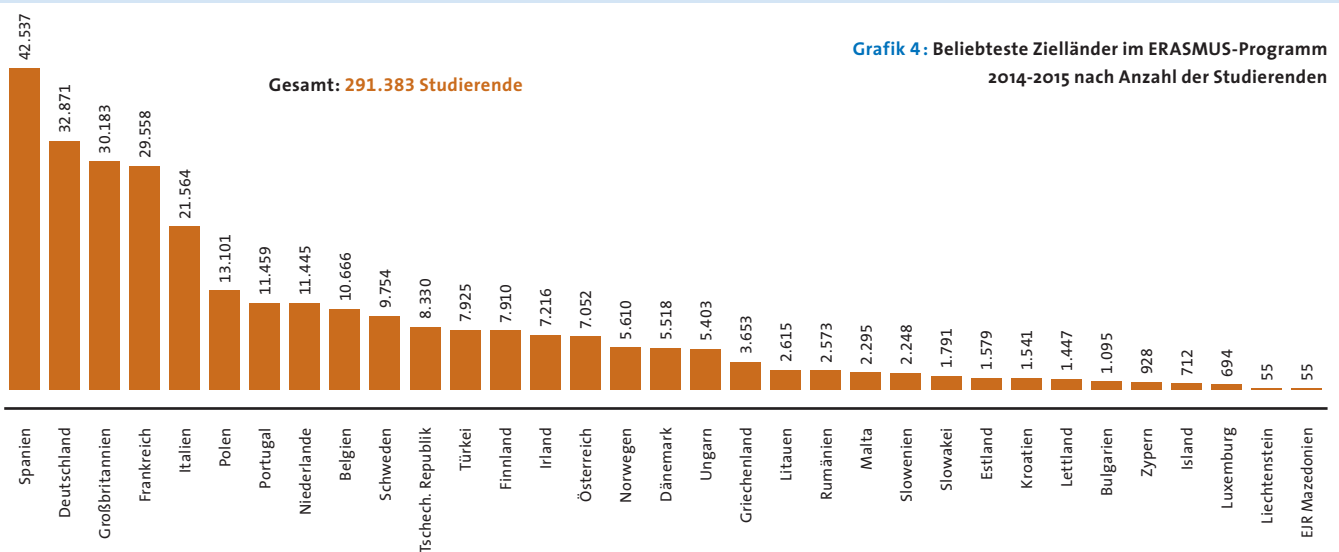
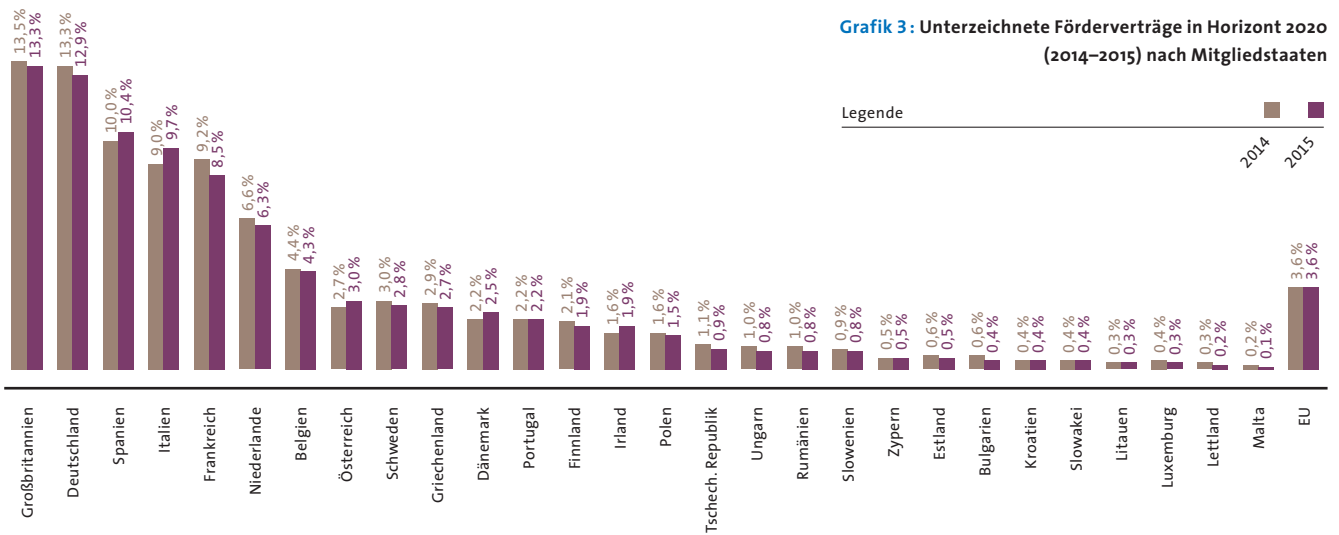
statuiert. Nach dem Votum zur „Masseneinwanderung“ hatte die Schweiz 2014 den Status als assoziiertes Land in Horizont 2020 und Erasmus+ verloren und diesen erst im Januar 2017 für das Forschungsprogramm wiedererlangen können, nachdem die Freizügigkeit auch für das neue EU-Mitglied Kroatien gewährleistet worden war. Überlegungen, eine separate Freizügigkeitsregelung für Wissenschaftler einzuführen, um so den Zugang britischer Einrichtungen zu Horizont 2020 und Erasmus+ zu sichern, hat Brüssel postwendend eine Absage erteilt. Noch sind die Fronten verhärtet und erst im Laufe der Verhandlungen wird sich zeigen, ob eine Lösung gefunden werden kann. Zu befürchten ist, dass am Ende die Studierenden und Forscher die Leidtragenden sein könnten. Dabei ist es gerade das Programm Erasmus+, das der jungen Generation die Möglichkeit bietet, Europa zu erleben und schätzen zu lernen, und britische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Partner für einen wettbewerbsfähigen europäischen Forschungsraum. >

## MARTIN SCHULZ VERLÄSST BRÜSSEL

Fünf Jahre war der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz Präsident des Europäischen Parlaments. Er hat nicht nur das Parlament, sondern auch die europäische Politik in den letzten Jahren entscheidend geprägt. Schulz war ein charismatischer Präsident, der sich, ob gefragt oder nicht, eingemischt und das Parlament als Vertretung der europäischen Bürger gestärkt hat. Es gibt aber auch Kritik an seiner Amtszeit. So hat er den „Deal“ der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Fraktion der Europäischen Sozialisten und Demokraten (S&D) aus dem Jahr 2014 initiiert – ursprünglich, um den Einfluss der europakritischen Parteien im Parlament einzugrenzen. Diese Abmachung hat aber auch dazu geführt, dass viele Entscheidungen im



Parlament zwischen den großen Fraktionen hinter verschlossenen Türen ausgeklüngelt wurden, bevor sie im Parlament überhaupt zur Debatte standen. Teil dieser Vereinbarung war auch, dass Schulz nach zwei Jahren den Posten des Parlamentspräsidenten räumt, um einem Kandidaten der EVP Platz zu machen. In seiner Abschiedsrede im Plenum warnte Schulz vor dem aufkommenden Populismus in Europa: „Überall auf unserem Kontinent machen sich die Spalter und die Ultrationalisten wieder breit, diejenigen, die Menschen gegeneinander hetzen und die das liberale, das soziale und das ökologische Gesellschaftsmodell Europas abwickeln wollen. Damit gefährden sie eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die auf unserem Kontinent je gelungen ist.“



## Großbritanniens Rolle in Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU

Großbritannien verzeichnet mit 13,4 Prozent den größten Anteil der EU-Mitgliedstaaten an den Förderverträgen des laufenden EU-Forschungsprogramms **Horizont 2020**. In den ersten beiden Jahren des Programms (2014 und 2015) haben britische Einrichtungen 4.977 Projekte koordiniert (zum Vergleich Deutschland 4.870). Damit ist das Programm eine wichtige Einnahmequelle für britische Institutionen. Es bietet darüber hinaus eine Plattform der

Vernetzung für gemeinsame Forschung in Europa.

Aus dem Vorgängerprogramm von Horizont 2020, dem siebten Forschungsrahmenprogramm, konnten britische Einrichtungen von 2007 bis 2013 Projektfinanzierung in Höhe von nahezu 7 Mrd. Euro akquirieren. Damit erhielt Großbritannien nach Deutschland den zweitgrößten Budgetanteil am Programm (vgl. 7. Monitoring-Bericht zum FP7 Programm, Europäische Kommission 2013).

Im EU-Bildungsprogramm **Erasmus+** ist Großbritannien ebenfalls ein gefragtes Partnerland.

30.183 europäische Studierende haben im Hochschuljahr 2014/2015 einen Erasmus-Studienaufenthalt an einer britischen Hochschule absolviert. Damit ist Großbritannien das drittbeliebteste Zielland europäischer Erasmus-Studierender nach Spanien und Deutschland. 14.801 britische Studierende sind 2014/2015 mit finanzieller Unterstützung des Erasmus-Programms nach Europa gekommen. Besonders beliebt bei den Briten sind die Zielländer Frankreich, Spanien und Deutschland (vgl. Jahresbericht Erasmus+ 2015, Europäische Kommission).

## HOCHSCHULEN IM INTERNATIONALEN WETTBEWERB – EINE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Hochschulen stehen im internationalen Wettbewerb um das beste Renommee und die klügsten Köpfe; zunehmende Internationalisierung ist Voraussetzung, um in globalen Wissensgesellschaften zu bestehen. In einem von der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD und der Außenstelle Brüssel ausgerichteten Fortbildungsseminar wurden die strategische Internationalisierung über Erasmus+ sowie bisherige Programmerrfahrungen und -erwartungen vor dem Hintergrund der im Jahr 2017 anstehenden Halbzeitevaluierung diskutiert. Darüber hinaus ging es um die Einbettung der Hochschulen in einen neuen soziokulturellen Kontext. Im Fokus stand dabei die Frage nach einer effizienten Programmumsetzung, auch im Hinblick auf zwei bedeutende Jubiläen im Jahr 2017: 30 Jahre Erasmus und 60 Jahre Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Insgesamt nahmen 15 Hochschulrektoren und Vizepräsidenten sowie Leiter für internationale Angelegenheiten an der Fortbildungsveranstaltung teil. Das Seminar bot neben dem direkten Dialog mit Vertretern der Europäischen Kommission die Möglichkeit zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern sowie mit dem DAAD.

**Erfahrungsaustausch und Diskussion: Im Fortbildungsseminar an der Außenstelle Brüssel ging es um die Internationalisierung durch Erasmus+.**



## Türkei – ein wichtiger Partner in der Flüchtlingskrise

Außenpolitisch machte der EU im Jahr 2016 insbesondere ihr Beitrittskandidat Türkei zu schaffen. Nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli ist das Land dabei, sich immer weiter von den europäischen Grundwerten zu entfernen. Dies müsste eigentlich Konsequenzen für den Beitrittsprozess haben und so forderte das Europäische Parlament in einer Resolution im November, die Verhandlungen auszusetzen. Dieser Forderung kamen die Staats- und Regierungschefs jedoch nicht nach.

Die Türkei ist ein wichtiger Partner der EU in der Flüchtlingskrise. Im März 2016 wurde mit dem Land ein Abkommen ausgehandelt, das die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU eindämmen und durch legale Wege der Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU ersetzen soll. Zusätzlich wird die EU die Türkei

mit 3 Mrd. Euro in der Versorgung der Flüchtlinge im Land unterstützen.

Im Jahr 2016 sind die Zahlen der neuankommenden Flüchtlinge in Europa zurückgegangen. Damit ist das Thema auch in der Öffentlichkeit weniger präsent; die Problematik besteht jedoch weiterhin: Es leben derzeit geschätzt 20 Millionen Migranten in der EU. Ihre Integration ist eine zentrale Aufgabe, der sich Europa stellen muss. Die Europäische Kommission hat im Juni 2016 einen Aktionsplan zur Integration von Migranten vorgelegt, der die EU-Mitgliedstaaten bei der Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik unterstützen will. Dabei erachtet die EU-Kommission Bildung als eines der wirkungsvollsten Instrumente. Sie will die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Willkommensklassen und Online-Sprachkursen finanziell unterstützen. Diese und weitere europäische Maßnahmen wurden auf einem DAAD-Seminar im Mai vorgestellt.

## Hochwertige Bildung für sozialen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum

Bildungspolitik ist eigentlich Aufgabe der Mitgliedstaaten; sie liegt nicht im Kompetenzbereich der EU. In einer Mitteilung vom Dezember hat die Europäische Kommission jedoch angekündigt, der Modernisierung der Bildung „oberste Priorität auf der EU-Agenda“ einzuräumen, da Bildung das Fundament für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung in Europa sei. Die Mitgliedstaaten sollen bei ihren Reformbemühungen unterstützt werden. Hierbei wird insbesondere die Notwendigkeit hervorgehoben, digitale Technologien für die Bildung zu nutzen und die digitalen Kompetenzen von Lehrenden zu erweitern. Bereits im Juni hatte die Kommission in ihrer Kompetenzagenda eine stärkere Verbindung zwischen Arbeitsmarkt, Gesellschaft und Bildung gefordert. Was bedeutet dies nun für die europäischen Hochschulen? Im Jahr 2017 will die Europäische Kommission einen Maßnahmenkatalog zur Modernisierung der Hochschulbildung vorlegen. 2016 hat sie die Meinungen der Stakeholder hierzu eingeholt. Es kristallisieren sich drei Kernbereiche heraus: die Kompetenzen der Hochschulabsolventen müssen besser an die gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst, die Hochschulen sollen stärker in ihr lokales Umfeld integriert und Bildung und Forschung enger zusammengeführt werden.

Alle diese Strategien bleiben jedoch ohne Wirkung, wenn sie nicht von den Mitgliedstaaten umgesetzt sowie auf europäischer Ebene durch die relevanten EU-Förderprogramme Erasmus+ und Horizont 2020 unterstützt werden. Die Zwischenevaluierung dieser Programme, die bis Ende 2017 vorliegen muss, bietet einen Anlass, deren Wirksamkeit zu überprüfen und sie gegebenenfalls an geänderte Rahmenbedingungen anzupassen. Die Zwischenbewertung wird nahtlos in den Diskussionsprozess zur neuen

EU-Programmgeneration ab 2021 übergehen. Mit diesem Zeitrahmen im Blick haben sich einige zentrale Akteure bereits im Jahr 2016 zu den Programmen geäußert.

## Europäisches Parlament unterstützt Erasmus+ Programm

Der Ausschuss für Bildung und Kultur des Europäischen Parlaments hat im November einen Zwischenbericht zur Umsetzung von Erasmus+ vorgelegt. In diesem wird die Bedeutung des Programms für die europäische Einigung betont und der Vorschlag der EU-Kommission, für den verbleibenden Programmzeitraum zusätzliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen, nachdrücklich unterstützt. Der Bericht führt jedoch auch einige Verbesserungsvorschläge auf: Erasmus+ soll sein Potenzial der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit besser nutzen und die Umsetzung benutzerfreundlicher gestalten. >



Das EU-Programm Erasmus+ fördert Mobilität und Zusammenarbeit im Bildungsbereich.



**Pressekonferenz zu HOPES: Das EU-geförderte Projekt wurde im Rahmen eines Seminars zur Integration von Flüchtlingen in das Hochschulsystem in Brüssel bekannt gegeben. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ (oben, 3.v.r.) war beim Programmstart mit dabei.**



and Higher Education Programme for vulnerable Syrian Youth“, Action Document for EU Trust Fund, European Commission). Die Zahlen zeigen den Bedarf an tertiärer Bildung. Das Projekt HOPES „Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“, das der DAAD gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen British Council, Campus France und EP-Nuffic durchführt, leistet einen Beitrag zur Verbesserung dieser Situation. HOPES bietet syrischen Flüchtlingen in der Türkei, dem Libanon, Jordanien, Ägypten und dem Irak Information und Beratung zu tertiären Bildungsangeboten und stellt Stipendien zur Verfügung: Mindestens 300 Vollstipendien werden an Hochschulen der Region vergeben. Vorgeesehen sind darüber hinaus bis zu 4.000 vorbereitende Englisch- und Studienkurse sowie innovative Lernangebote und Hochschulseminare für circa 3.500 Personen. Auch bedürftige Personen aus den Aufnahmegemeinschaften können von den Maßnahmen des Projekts profitieren. Hierdurch soll die

Akzeptanz und Integration der Flüchtlinge in ihren Aufnahmegemeinschaften gefördert werden. Das Projekt will jungen Syrern durch Bildung eine Perspektive eröffnen und mit deren Ausbildung einen Beitrag zu einem zukünftig friedlichen Syrien leisten.

Das Projekt wird mit 12 Mio. Euro von der EU unter dem regionalen Treuhandfonds in Antwort auf die syrische Krise, dem „Madad-Fund“, finanziert. Das vom DAAD geführte Projektkonsortium hatte sich nach mehrmonatigen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission mit seinem Projektvorschlag durchgesetzt. Der DAAD leitet das Projekt von seinem Büro in Amman aus. Weitere Projektbüros befinden sich im Libanon, der Türkei, Ägypten und dem Nordirak.



### Neues EU-Projekt HOPES – Hoffnung durch Bildung

Vor Ausbruch des Krieges in Syrien haben mehr als 20 Prozent der jungen Syrer studiert; heute haben nicht einmal fünf Prozent der Flüchtlinge Zugang zur Hochschulbildung (vgl. „Further



Das Europäische Parlament ist seit jeher ein verlässlicher Unterstützer des Erasmus+ Programms. Das Votum des Parlamentes reicht jedoch nicht aus, um das Budget des Programms zu erhöhen. Der Rat, die Vertretung der EU-Mitgliedstaaten, muss zustimmen. 2016 halbierte der Rat die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene deutliche Erhöhung für die zweite Programmphase. Die Diskussion um das Budget für Erasmus+ nach 2020, die erst in den kommenden Jahren so richtig anlaufen wird, verspricht nicht einfach zu werden. Es darf nicht vergessen werden, dass 2021, wenn die nächste EU-Finanzperiode beginnt, Großbritannien voraussichtlich kein Mitglied der EU mehr sein wird. Damit wird ein nicht unbedeutender Netto-Beitragszahler für den EU-Haushalt fehlen.

### DAAD-Seminar: Bildung schafft Perspektiven und fördert die Integration von Flüchtlingen

Jungen Menschen darf das Recht auf Bildung nicht verwehrt werden, insbesondere nicht den jungen Menschen, die aufgrund von Krieg und Vertreibung ihr Heimatland verlassen mussten. Der DAAD als zentraler Akteur in der Hochschulbildung leistet seinen Beitrag dazu, dieses Recht in die Praxis umzusetzen – sowohl für Flüchtlinge in Deutschland als auch für die zahlreichen Flüchtlinge, die in Nachbarländern ihres Heimatstaates leben. Mit Unterstützung der deutschen Ministerien hat der DAAD 2015 eine Reihe von Programmen hierzu aufgelegt.



Diese diskutierten rund 120 Teilnehmer in einem von der DAAD-Außenstelle Brüssel am 11. und 12. Mai ausgerichteten Seminar an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Im Fokus stand der Austausch mit Initiativen in anderen Mitgliedstaaten und ein Brainstorming über mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene, um Flüchtlinge in das Hochschulsystem Europas und das ihrer Aufnahmestaaten in der Herkunftsregion zu integrieren.

Die Europäische Kommission stellte im Rahmen des Seminars ihre Initiativen vor: In den kommenden drei Jahren sollen 100.000 zusätzliche Lizenzen des Erasmus+ Sprachentools Online Linguistic Support (OLS) für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden, die über die Nationalen Agenturen in Europa an Hochschulen und Flüchtlinge verteilt werden. Die Teilnehmer des Seminars unterstützten auch weitergehende europäische Maßnahmen wie den Austausch bewährter Verfahren, Zusammenarbeit in der Frage der Anerkennung von Qualifikationen und die Koordination von Maßnahmen und Akteuren. In Europa wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Instrumenten zur Mobilität und Integration internationaler Studierender entwickelt. Diese können angepasst und für die spezifischen Herausforderungen in der Flüchtlingsintegration genutzt werden.

In den Ländern des globalen Südens leben weit mehr Flüchtlinge als in Europa; auch diesen gilt es durch zielgerichtete Programme eine Perspektive zu schaffen. Das Projekt HOPES (siehe Highlight „HOPES“) wurde offiziell am Seminartag bekannt gegeben und den Teilnehmern vorgestellt. Es wird über den EU-Treuhandfonds, den „Madad Fund“, finanziert. Die Europäische Kommission hat im Kontext der Flüchtlingskrise noch weitere Finanzierungsprogramme aufgesetzt: die sogenannte Flüchtlingsfazilität für die Türkei und den EU-Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung

**Laura Corrado leitet das Referat für Migration und Integration in der Generaldirektion für Migration und Inneres der EU-Kommission.**

**Tabelle 21 : Statistischer Überblick Europäische Union 2016**

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl absolut	510 Mio.
Fläche (in km <sup>2</sup> )	4,46 Mio.
BIP der EU-28 (2016, in EUR)	14,82 Bill.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2014–2020 (in EUR und für 2017 angepasst)	1,08 Bill.
hiervon für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ (in EUR)	14,7 Mrd.
EU-Haushalt (2016, in EUR)	155 Mrd.
Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2016) (Bildung, Forschung, Innovation, in EUR)	19,01 Mrd.
in % des Gesamthaushalts	12,26
Ausgaben für Bildung in der EU-28 (2015, in % des BIP)	Ø 4,9
Tertiäre Bildung (in % des BIP)	0,7
Hochschulen	ca. 4.000
Studierende im Tertiärbereich (2014)	19,56 Mio.
Erasmus-geförderte Studierende (2014/15)	291.383
seit 1987	> 3 Mio.
Hochschulabsolventen 2015 (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	38,7
Erwerbsquote bei Hochschulabsolventen im Alter von 20 bis 34 Jahren 2015 (in %)	76,9

Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
<b>Rat der Europäischen Union</b> Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	Minister der EU-Mitgliedsstaaten
<b>Europäisches Parlament</b> Vertretung der Bürger / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	1 Präsident 751 Mitglieder
<b>Europäische Kommission</b> Exekutive- / Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident 1 Hohe Vertreterin 6 Vize-Präsidenten 20 Kommissare 32.546 Mitarbeiter 33 Generaldirektionen

Quellen:  
 Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (► <http://ec.europa.eu/eurostat/>)  
 Europäisches Parlament (► <http://www.europarl.europa.eu/>)  
 Europäische Kommission (► <http://ec.europa.eu/>)  
 Europäischer Rat (► <http://www.consilium.europa.eu/>)  
 Generaldirektion für Finanzen (► [http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index\\_de.cfm#COM\\_2015\\_320](http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm#COM_2015_320))  
 Generaldirektion für Bildung und Kultur (► [https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2016\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/monitor2016_en.pdf))  
 Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2016 (► [http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/repository/education/library/statistics/erasmus-plus-facts-figures\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/library/statistics/erasmus-plus-facts-figures_en.pdf))

der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen in Afrika, die im Rahmen des Seminars erläutert wurden.

## Europäische Kooperationen stärken

Brüssel als Sitz der EU-Institutionen ist für die europäische wissenschaftliche Gemeinschaft ein wichtiger Ort zum Netzwerken, Diskutieren und zur Akquise von Fördermitteln. Um die zehn europäische Universitätsverbände gibt es bereits mit Sitz in Brüssel; 2016 haben zwei weitere Verbände ein Büro eröffnet: die „UAS4“, ein Zusammenschluss europäischer Fachhochschulen, und die „Guild of European Research-Intensive Universities“. Auch der DAAD engagiert sich in europäischen Netzwerken, wie der Academic Cooperation Association (ACA) und der Gruppe der vier großen Partnerorganisationen mit dem British Council, Campus France und EP-Nuffic. Gleich zweimal war die Gruppe der „Big4“ 2016 zu Gast in Brüssel, um Gespräche mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen zu führen. Die vier Organisationen arbeiten in mehreren EU-finanzierten Projekten zusammen; hierunter sind neben dem HOPES-Projekt auch das EU-SHARE-Projekt in der ASEAN-Region und eine von der Generaldirektion Bildung und Kultur unterstützte Initiative zur Förderung der Attraktivität des Europäischen Hochschulraums zu nennen.

